



**Handelskammer  
Hamburg**

**Es gilt das  
gesprochene Wort**

**Jahresschlussansprache**

**des Präses der HANDELSKAMMER HAMBURG**

**Fritz Horst Melsheimer**

**vor der**

**„Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg e. V.“**

**am 31. Dezember 2015**

**in der Handelskammer Hamburg**

**! S P E R R F R I S T !  
Frei für  
31.12.15, 12 Uhr**

„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich“.

Bundespräsident Joachim Gauck sprach diese Worte im Lichte der Flüchtlingskrise am 3. Oktober anlässlich des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit. In der ihm eigenen, vortrefflichen Weise brachte er den Spannungsbogen zwischen der überaus großen Hilfsbereitschaft unserer Mitbürger auf der einen Seite und den naturgemäß beschränkten Hilfskapazitäten auf der anderen Seite auf den Punkt.

Die Flüchtlingskrise bildet das erste Thema meiner insgesamt fünf Punkte umfassenden, diesjährigen Ansprache. Die weiteren vier sind

- Olympia
- Innovation und Wachstum
- Mobilität und
- 350 Jahre Handelskammer Hamburg.

Doch zunächst zur Flüchtlingsfrage. In diesem Jahr sind rund eine Million Menschen als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, davon über 55.000 allein nach Hamburg, von denen rund 20.000 längerfristig in unserer Stadt bleiben werden. Diese gewaltigen Zahlen machen deutlich, worin die Herausforderung der nächsten Jahre besteht. Es ist ein Gebot der Mitmenschlichkeit, Verfolgten und sich in Not befindenden Menschen Schutz und Unterstützung zu gewähren. Dies gebietet auch unser Grundgesetz aus guten Gründen. Zugleich beinhaltet der Zustrom an Menschen auch eine große Chance für ein Land, das dem demografischen Wandel unterliegt und Zuwanderung durchaus benötigt. Daher hat die Wirtschaft allen Grund, bei der Integration dieser Menschen nach Kräften zu helfen.

Blicken wir zunächst auf die Ursachen: Die Strategie der militärischen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten hat weitgehend versagt. Es ist nicht gelungen, die Region zu befrieden. Überall, wo sich die Interventionsarmeen zurückgezogen haben, herrschen heute Chaos und Gewalt.

Es sollte über einen breiteren Ansatz nachgedacht werden. Die Großmächte USA und Russland müssen zueinander finden und mit Europa und den regionalen Mächten, insbesondere der Türkei, zusammenarbeiten. Trotz jüngster Rückschläge, wie der im Verhältnis zwischen Russland und der Türkei, ist ein nachhaltiger Weg zur Befriedung nur auf multilateraler Basis denkbar. Die Wiederherstellung der staatlichen Ordnungssysteme in den Krisenregionen ist die notwendige Voraussetzung dafür, den Menschen des Nahen Ostens eine Perspektive in oder nah ihrer Heimat zu verschaffen.

Ziel unserer Außenpolitik muss sein, dies zu bewerkstelligen. Bis dieses Ziel erreicht ist, benötigen wir eine wohl überlegte und breit getragene Strategie, wie wir in Deutschland mit dem Zustrom an Menschen umgehen wollen und können. Dabei scheint mir folgende Logik zwingend zu sein: Wer zu uns kommt, muss bereit sein, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dazu muss er nicht seine Herkunft oder Religion verleugnen, er muss die hierzulande geltenden kulturellen Spielregeln und Verfassungswerte akzeptieren. Dazu muss er sie erlernen. Ich wünsche mir einen Staat, der das selbstbewusst einfordert!

Christian Lindner hat es auf die treffende Willkommensformel gebracht: „Willkommen im Grundgesetz“. Diese Integrationsbereitschaft muss Hand in Hand gehen mit der Bereitschaft zum Lernen der deutschen Sprache. Nur so verhindern wir Parallelgesellschaften und vermeiden, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Unter diesen Voraussetzungen sollten wir Hilfe zur Selbsthilfe gewähren, und das geht nur über Integration in Ausbildung und Beschäftigung.

Diese logische Kette von Integrationsbereitschaft, Spracherwerb und Integration in Ausbildung und Beschäftigung scheint mir inzwischen „Common Sense“ aller Verantwortungsträger zu sein. Die Umsetzung verläuft jedoch überaus zäh und langsam. Dies war zu Beginn der Entwicklung sicherlich einer administrativen Überforderung angesichts der gewaltigen Flüchtlingszahlen geschuldet. Inzwischen scheint mir jedoch ein deutlich besseres Projektmanagement von Nöten, wenn die Worte der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ oder die des Bürgermeisters vom „ordentlichen Regieren“ eingehalten werden sollen. Zwischen diesen Versprechen einerseits und der Realität in den Flüchtlingslagern sowie den deutschen Verwaltungsvorschriften andererseits klafft noch eine gewaltige Lücke. Die Hemmnisse reichen vom hochregulierten Arbeitsmarkt und seinem Mindestlohn, über das Baurecht, mit dem kein Flüchtlingslager rasch gebaut werden kann, bis hin zum öffentlichen Beschaffungswesen, mit dem eine Notunterkunft nicht gemanagt werden kann. So wird zum Beispiel über die Abschaffung der Vorrangprüfung seit Monaten diskutiert. Wann wird hier endlich Vollzug gemeldet? Die Flüchtlingskrise hat deutlich gemacht, dass eine Notsituation mit dem bestehenden Regelwerk nicht bewältigt werden kann.

Daher sollten wir die Krise zum Anlass nehmen, bürokratische Fesseln zu lösen und Reformen anzupacken, von denen alle Bürger dieses Landes profitieren. Mit Blick auf die Flüchtlinge müssen wir in unserem Land aber auch den Mut aufbringen zu differenzieren – und zwar zwischen den Asylsuchenden, die wirklich verfolgt werden und unseren Schutz benötigen, und denen, für die dies nicht gilt, die aber gleichwohl in unser Land einwandern möchten. Für Letztere müssen mehrheitsfähige Vorstellungen zu einem Einwanderungsgesetz

entwickelt werden, bei dem auch volks- und betriebswirtschaftliche Kriterien eine Rolle spielen sollten. Unsere Handelskammer verfiicht seit Langem eine aktive Einwanderungspolitik, die darauf abzielt, die besten Köpfe zu gewinnen und so unser Land voranzubringen. Ich hege die Hoffnung, dass die Politik das Thema „Einwanderung“ im Zuge der Flüchtlingskrise systematisch angeht und mehr Klarheit über diese Alternative zum Asylverfahren schaffen wird. Deutschland erweist sich als viel integrationsbereiter und -fähiger als manche denken.

Mit Stolz konnten wir die Worte von US-Präsident Barack Obama hören, der in seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen explizit unsere Heimatstadt Hamburg als Beispiel für eine gelungene Willkommenskultur lobte. Dass dem so ist, beruht auf unseren guten Erfahrungen. Genannt seien aus früheren Jahrhunderten die sephardischen Juden aus Spanien und Portugal, die Hugenotten aus Frankreich und die holländischen Flüchtlinge. Zu nennen sind auch die vielen Menschen, die ab Mitte des vergangenen Jahrhunderts zum Beispiel aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, dem Iran, aus Portugal, Russland und Polen zu uns gekommen sind. Für sie und ihre Nachfahren ist Hamburg längst zur neuen Heimat geworden. Was viele nicht wissen: Auch der erste Präses unserer Handelskammer, der 1665 sein Amt antrat, war Flüchtling. Michael Heusch hatte mit seiner Familie aus Gründen religiöser Verfolgung Antwerpen verlassen müssen und war nach Hamburg geflohen.

Diese großen Integrationsleistungen der Vergangenheit bilden den Humus für die heutige enorme Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung, ohne die die letzten Monate gar nicht zu bestehen gewesen wären. Darauf blicke ich mit großer Freude, mit Anerkennung und großem Respekt. Ich denke an tausende von Kleiderspenden, Care-Pakete und Lebensmittelrationen, an die ehrenamtlichen Betreuer am Hauptbahnhof oder die vielen Freiwilligen in den Unterkünften, die anpacken, wo es notwendig ist. Ihnen allen sage ich von dieser Stelle ganz herzlichen Dank! Natürlich hat dieses freiwillige Engagement Grenzen und es kann systematisches Handeln des Staates nicht ersetzen. Auch das staatliche Handeln stößt an Grenzen. Dies auszusprechen, muss möglich sein. Mit Skepsis schaue auch ich auf die geplanten Großsiedlungen. Wie soll hier Integration gelingen? Der Staat muss die Sorgen und Nöte der Bürger ernst nehmen, die die Balance in ihrem Stadtteil gefährdet sehen und Ängste über ihre Sicherheit und die Zukunft des gesellschaftlichen Miteinanders entwickeln.

Die Politik muss darauf achten, dass die Debatte hierüber offen und ohne Zuschreibung bestimmter politischer Prädikate erfolgt. Meine Damen und Herren, ich verspüre eine Entwicklung, dass nicht mehr offen geredet werden kann. Dann bleibt zwangsläufig auch die Politik im Diffusen, schlimmer noch, sie entfernt sich von den Bürgern.

Hüten wir uns vor einer „Political Correctness“ als einer Form von gedanklicher und sprachlicher Unfreiheit, die der Freiheit entgegensteht, die gerade viele Flüchtlinge bei uns suchen. Wir werden die Herausforderung der kommenden Jahre nur bewältigen, wenn Klartext gesprochen werden kann.

Zu diesem Klartext gehört auch, dass das europäische Projekt im Kontext der Flüchtlingskrise zu scheitern droht. Mussten wir seit der Finanzkrise bereits erleben, dass sich einige Mitgliedstaaten nicht an die Bestimmungen der Europäischen Verträge gehalten haben, so erleben wir dies neuerlich, wenn es um den Schutz der europäischen Außengrenzen oder das Dublin-Verfahren geht. Wie kann von den Unternehmen und Bürgern der Europäischen Union Regeltreue erwartet werden, wenn sich ganze Regierungen ungestraft nicht an das von ihnen selbst geschaffene Recht halten? Dies ist von allen meine größte Sorge, und ich wünschte mir von den Regierungschefs die gleiche Geschäftigkeit in dieser Frage, wie man sie im Dialog mit Griechenland an den Tag gelegt hat.

Die Europäische Union zu bewahren, ist die wichtigste Verpflichtung unserer Generation. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Friedensordnung nach innen. Auch im Außenverhältnis werden wir unseren Frieden nur bewahren können, wenn wir füreinander einstehen. Terrorismus und vergleichbare Bedrohungen können wir nur gemeinsam abwehren. Dazu muss auch Deutschland seinen Beitrag leisten, durch Hilfe, wo erforderlich, durch militärisches Engagement, wo unvermeidlich, durch politische Wachsamkeit und Verantwortung, die über den Tellerrand hinausgeht. Auch die Hamburger Wirtschaft und unsere Handelskammer können ihren Teil beitragen.

Weil wir in der Integration durch Bildung, Ausbildung und Arbeit den entscheidenden Ansatzpunkt für unsere Handelskammer in der Flüchtlingskrise sehen, handeln wir seit Ende des Sommers nach einem Sechs-Punkte-Plan. Dieser umfasst folgende Maßnahmen:

1. Information der Betriebe. Durch Informationsveranstaltungen, in Form von Broschüren und über unser Internetangebot stellen wir inzwischen umfangreiche Informationen zur Verfügung. Diese werden ständig aktualisiert.
2. Erfassung der Unternehmen, die bereit sind, Flüchtlinge durch Praktika, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu integrieren. Über 900 Unternehmen haben sich inzwischen bei uns gemeldet.
3. Unterstützung der Betriebe bei der Einstellung und Beschäftigung von Flüchtlingen unter anderem durch Paten. An einem ersten Marktplatz der Begegnung haben fast 60

Betriebe und 500 Flüchtlinge teilgenommen. Fast 800 Hamburgerinnen und Hamburger haben sich bei uns als Paten gemeldet.

4. Kooperation und Informationsaustausch mit weiteren Hilfseinrichtungen für Flüchtlinge. Erste Veranstaltungen, an denen insgesamt rund 300 Personen und 19 Einrichtungen teilnahmen, fanden im Oktober und November statt.
5. Unterstützung von Migranten durch unser Gründerzentrum bei der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit. Bereits in diesem Jahr haben wir zahlreiche Beratungsgespräche durchgeführt. Für das kommende Jahr planen wir eine Gründerlounge für Migranten sowie „Vor-Ort-Veranstaltungen“ in den Quartieren, in denen Migranten besonders stark vertreten sind.
6. Verbesserung des Integrationsklimas durch eine Plakatkampagne, die da heißt: „Angekommen In Hamburg“. Die Kampagne ist bereits angelaufen. Ein entsprechendes Plakat können Sie zum Beispiel an der Außenfassade unseres Kammergebäudes sehen.

Der Umsetzung insbesondere dieser Maßnahmen dient unsere Abteilung „Migrantische Unternehmen“, die wir bereits im Herbst 2014 auf den Weg gebracht haben. Sie ist durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund besetzt, die über die notwendigen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen verfügen. Getreu dem Motto „All business is local“ sind wir davon überzeugt, dass wir mit diesen ganz konkreten Schritten den besten Beitrag dazu leisten, aus der Flüchtlingskrise eine Chance für unseren Standort zu machen. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Seien Sie dabei und unterstützen Sie uns dort, wo Sie persönlich einen Beitrag leisten können!

Nun zu meinem zweiten Thema: Olympia. Das Ergebnis des Volksentscheides über die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg im Jahr 2024 war ein unerwarteter und schwerer Schlag ins Kontor. Er wirft die Frage nach der „Zukunftsfähigkeit unserer Stadt“ auf. Eine Niederlage im Wettbewerb mit anderen potenziellen Ausrichtern wie Los Angeles, Rom oder Paris wäre hinnehmbar gewesen. Sehr bedenklich stimmt mich aber, dass die eigene Bevölkerung das Ergebnis herbeigeführt hat. Hamburg hat sich selbst um eine Jahrhundertchance gebracht. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir gemeinsam eine sehr gute und international wettbewerbsfähige Bewerbung entwickelt haben, die ein starker Impuls für die Zukunft unserer Stadt gewesen wäre. Hamburg hat sich gegen ein milliarden-schweres Investitions- und Marketingprogramm entschieden, das maßgeblich der Bund finanziert hätte. Eine einmalige Chance zum nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur, vom öffentlichen Nahverkehr bis hin zur Barrierefreiheit, wurde vertan. Die Steigerung der internationalen Bekanntheit wird ausbleiben. Dabei ist die internationale Bekanntheit kein Selbstzweck. Mehr Bekanntheit führt zu mehr Unternehmensansiedlungen und mehr Investitionen.

Daraus wiederum resultieren mehr Arbeitsplätze, mehr Wertschöpfung, mehr Steuereinnahmen, mehr Lebensqualität. Dies alles wird nun nicht geschehen oder über Jahrzehnte gestreckt werden müssen. Das ist enttäuschend.

Nicht nur die vielen Menschen in Hamburg, in Kiel und in der Metropolregion, die buchstäblich für die olympische Idee gebrannt haben, wurden enttäuscht. Auch unsere Sportlerinnen und Sportler. Auch Deutschland ist von Hamburg enttäuscht. Ich erinnere daran, dass es bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbunds im März dieses Jahres ein einstimmiges Votum der Delegierten für Hamburg gegeben hat. In der Frankfurter Paulskirche war es zu spüren: Deutschland stand geschlossen hinter Hamburg, so wie wir es noch nie erlebt haben.

Und Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, formulierten damals, dass Hamburg nicht nur das Tor zur Welt sein will, sondern auch das Tor der Welt nach Deutschland. 325.000 Hamburger haben am 29. November entschieden, dieses Tor zuzuschlagen. Ich halte das für ein fatales Signal. Nicht nur an Deutschland, sondern auch an die ganze Welt. Trotz meiner Enttäuschung möchte ich mich nicht an Schuldzuweisungen beteiligen.

Die Zusammenarbeit aller Beteiligten war außergewöhnlich gut. Nie zuvor haben Politik, Sport, Kultur, Wirtschaft und Medien so einmütig an einem Strang gezogen. Auch an der notwendigen Bürgerbeteiligung hat es nicht gefehlt. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen, die sich für die Idee der Paralympischen und Olympischen Spiele in Hamburg engagiert haben, meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Ein ganz besonderer Dank geht an Sie, lieber Herr Senator Neumann. Mit Blick auf diese Phalanx an Olympia-Befürwortern stellt sich mir allerdings die folgende Frage: Wie kann es sein, dass sich der Senat und 85 Prozent der Bürgerschaft für ein Projekt aussprechen und gleichwohl von der Bevölkerung eine Abfuhr erteilt bekommen? Das geschieht ja nicht zum ersten Mal und entwickelt sich allmählich zu einem Syndrom, dem „Hamburg-Syndrom“. Es handelt sich um den wiederholten Entscheidungsmisssklang zwischen Wählern und Gewählten. Natürlich kann und muss man auch die äußeren Umstände zur Erklärung heranziehen. Über den Einfluss der Flüchtlingsproblematik, der Korruptions- und Dopingskandale im organisierten Sport und die Frage der Finanzierung ist in den letzten Wochen viel gesprochen und geschrieben worden. Jeder dieser äußeren Aspekte hat sicher einen Beitrag zum Ausgang des Referendums geleistet.

Das eigentliche Problem liegt meines Erachtens aber tiefer. Die repräsentative Demokratie hat sich selbst Schritt für Schritt immer mehr geschwächt und sich Fesseln angelegt, von denen sie sich kaum noch befreien kann. Direkte Demokratie ist vielleicht eine Alternative,

weil auch hier die Entscheidungsverantwortung klar ist. Was aber meines Erachtens ein schwerwiegender Irrweg ist, das ist die spezifische Hamburger Mischform von beiden, repräsentativer und direkter Demokratie, in der letztlich der Zusammenhang von Entscheidungskompetenz und Verantwortung aufgehoben ist. Dieses System ist unberechenbar und neigt zur gegenseitigen Blockade.

Blicken Sie auf unser schönes und imposantes Rathaus: Wäre es jemals realisiert worden, wenn das Volk darüber abgestimmt hätte? Was ist mit dem Elbtunnel oder der Köhlbrandbrücke? In der Tat wäre auch dieser herrliche Börsensaal, in dem wir heute sitzen, wahrscheinlich nicht entstanden, wenn nicht die Kaufleute im Plenum die Weitsicht und den dazugehörigen Mut gehabt hätten. Helmut Schmidt hat es auf den Punkt gebracht: „Je mehr direkte Demokratie desto unregierbarer das Land“. Vor diesem Hintergrund darf jetzt nicht so schnell zur Tagesordnung übergegangen werden. Natürlich erwarten wir von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass Sie den Ausgang des Referendums akzeptieren. Das tun wir als gute Demokraten alle.

Nach einer solchen Niederlage wünsche ich mir aber vor allem, dass das Debakel gründlich aufgearbeitet wird. Immerhin wurde dem erklärtermaßen wichtigsten Projekt der Legislaturperiode eine Abfuhr erteilt. Könnte es notwendig sein, dass bei künftigen Abstimmungen über dermaßen wichtige Projekte die politisch Verantwortlichen ihr Amt an den Ausgang der Entscheidung binden sollten? Dies wäre ein hoher Preis, den die repräsentative Demokratie an die direkte Demokratie zu zahlen hätte. Ein anderer und meines Erachtens besserer Weg wäre es, die Regeln des Zusammenwirkens von direkter und repräsentativer Demokratie gründlich zu überarbeiten und die repräsentative Demokratie wieder zu stärken. Karl Popper hat gesagt: „Institutionen sind wie Festungen. Sie müssen klug angelegt und richtig bemannt sein“. Die repräsentative Demokratie war einmal eine von unseren Vätern klug angelegte Institution, deren Mauern in den letzten Jahren untergraben wurden. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben einmal gesagt: „Wer bei mir Führung bestellt, der bekommt sie auch“. In der Frage der Ertüchtigung unserer repräsentativen Demokratie würde ich gerne Führung bei Ihnen bestellen!

Mit der Absage an Olympia hat Hamburg eine ganz große Vision verloren. Viele werden jetzt wieder an Helmut Schmidt denken, der gesagt hat: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Wer das für bare Münze nimmt, hat Helmut Schmidt gründlich missverstanden. Wie er selber sagte: „Das war eine pampige Antwort auf eine dusselige Frage“. Natürlich brauchen wir Visionen!

Hamburg, die „schlafende Schöne“, um abermals Helmut Schmidt zu zitieren, wurde durch die Olympiabewerbung erweckt und darf nun nicht ins Koma fallen. Bei der Entwicklung von neuen Zielen müssen wir uns von den Stärken unseres Standortes leiten lassen.

Damit komme ich zu meinem dritten großen Thema, der Notwendigkeit von Innovation und Wachstum. Der nach wie vor zentrale Wirtschaftsfaktor Hamburgs ist unser Hafen mit der vielseitig ausdifferenzierten Wertschöpfungskette in vor- und nachgelagerten Bereichen. Hinzu kommt eine Reihe weiterer starker Branchen wie die Luftfahrtindustrie, die Medienwirtschaft, der Tourismus, die Gesundheitswirtschaft oder die erneuerbaren Energien. Auf diese Stärken bauend, müssen wir eine Innovations- und Wachstumsstrategie entwickeln, mit der es gelingen kann, dass Hamburg auch in Zukunft ein prosperierender Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität bleibt. Nur wenn wir es schaffen, höheres Wachstum als heute zu generieren, werden wir die zusätzlichen Herausforderungen der Zukunft, wie die Integration der Flüchtlinge, meistern. Wer dieses Wachstum, wie Sie, Herr Bürgermeister, entfesseln will, der muss auf die folgenden fünf Punkte bauen:

1. Den Innovations- und Wissensstandort stärken.
2. Eine angebotsorientierte Flächenpolitik betreiben.
3. Die Regularien vereinfachen und Steuern abbauen.
4. Die Chancen des technischen Fortschritts, insbesondere der Digitalisierung, noch besser erkennen und nutzen.
5. In Zukunft konsequent auf Freihandel setzen.

Ich komme zuerst zur konsequenten Stärkung des Innovations- und Wissensstandortes. Erfreulicherweise hat der Senat diesen Aspekt bereits als eine strategische Leitlinie der Wirtschaftspolitik in der Koalitionsvereinbarung verankert. Ich freue mich sehr, dass Sie, Frau Bürgermeisterin Fegebank, als neue Wissenschaftssenatorin dieses Thema zu ihrer Herzensangelegenheit gemacht haben. Wir konnten im Bereich der Wissenschafts- und Innovationsförderung in den letzten Jahren bereits einige wichtige Meilensteine hinter uns lassen. Ich nenne zum Beispiel die Entwicklung einer Fraunhofer-Strategie durch den Senat, die langfristige Verstetigung der erfolgreichen Innovationskontaktstelle durch Senat und Handelskammer oder die Auszeichnung der TU Hamburg-Harburg als Gründerhochschule durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Und nicht ohne Stolz möchte ich erwähnen, dass unsere Hamburg School of Business Administration vor wenigen Wochen ausgezeichnet wurde. Sie erhielt als erste Hamburger Hochschule für ihre Masterstudiengänge ein Premium-Siegel der Akkreditierungseinrichtung.

Alle diese Erfolge sind ein vielversprechender Anfang. Zahlreiche Studien belegen, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Investitionen in Forschung und Entwicklung und Wirtschaftswachstum besteht. Das gilt nicht nur für die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen von Unternehmen, sondern auch für öffentliche Investitionen in den Wissenschaftsbereich. Ein Standort wie Hamburg verdankt seinen Wohlstand zu einem bedeutenden Anteil der Industrie und produktionsnahen wissensbasierten Dienstleistungen. Diese Fundamente sind in Zukunft auszubauen. Forschung und Entwicklung sind der entscheidende Hebel für zukünftiges Wachstum.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass der Senat geplant hatte, über sechs Jahre je 200 Millionen Euro, also insgesamt 1,2 Milliarden Euro, in die Olympischen Spiele zu investieren. Herr Bürgermeister, Frau Bürgermeisterin, ich schlage vor, den Elan der Kampagne „Feuer und Flamme für Hamburg 2024“ in eine Kampagne für den Bildungs- und Wissensstandort Hamburg umzulenken: Hamburg ist Feuer und Flamme für Wissenschaft und Innovation! Die 1,2 Milliarden Euro sollten in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert werden. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass messbare Wachstumseffekte bei verstärkter Investition in Forschungsaktivitäten bereits nach einem Jahr auftreten. Daher bin ich mir sicher, dass sich das so investierte Geld durch Steuermehreinnahmen genauso refinanziert, wie Sie das für das Olympiaprojekt unterstellt hatten.

Im Fußball gilt die Regel: Geld schießt keine Tore. Und so gilt auch in der Wissenschaft, dass Geld allein keine guten Ideen hervorbringt. Daher müssen auch die Rahmenbedingungen verbessert werden. Gerade unsere Technische Universität hat das Potenzial, in die Top-Liga der europäischen technischen Universitäten vorzustoßen. Doch ist ihre Größe unterkritisch, zahlreiche naturwissenschaftlichen Fächer fehlen ihr. Es muss intensiv darüber nachgedacht werden, wie sie gestärkt werden kann. Ein zweiter entsprechender Campus nördlich der Elbe würde ihre Verankerung auch im Selbstbild der Hamburger verstärken. Die ohnehin geplante bauliche Neustrukturierung der Universität bietet hierfür eine gute Gelegenheit. Weitere Profilierung tut auch insgesamt Not.

Anknüpfungspunkte für die Vermarktung des Wissenschaftsplatzes Hamburg bieten das breite Angebot unserer Hochschullandschaft, die existierenden wissenschaftlichen Leuchttürme wie das DESY oder die innovativen Cluster in den Bereichen „Life Science“, „Erneuerbare Energien“ und „Luftfahrt“. Auch mit der Klimaforschung haben wir einen Exzellenzpunkt, der vor dem Hintergrund der sehr erfreulichen Beschlüsse des Weltklimagipfels in Paris nicht hoch genug bewertet werden kann.

Das alles nutzt nichts, wenn es zweitens keine Flächen für die Unternehmen gibt, die durch diese Exzellenz angezogen werden sollen. Neben das Wohnungsbauprogramm des Senats gehört daher ein ebenso entschlossenes Gewerbeflächenprogramm. Sonst bleibt das erhoffte zusätzliche Wachstum ein Luftschloss. Ich wünsche mir daher neben dem „Bündnis für das Wohnen“ ein „Bündnis für Gewerbeflächen“. Lassen Sie uns, Herr Bürgermeister, diese zweite Seite der Wachstumsmedaille prägen.

In einem solchen Bündnis müssten konkrete Verabredungen inklusive fester Zielvorgaben für alle Segmente – von der Gründeretage bis zur Industriefläche – vereinbart werden. Dabei kann auf reichlich vorhandenes Potenzial zurückgegriffen werden, wie der nüchterne Blick auf unser Territorium zeigt. Denn in unserer Stadt stehen, insbesondere im Osten, noch viele Flächenreserven zur Verfügung. Das Konzept des Senats „Stromaufwärts an Elbe und Bille“ hat diesen Leitgedanken bereits aufgegriffen. Es springt aber zu kurz, denn es setzt fast ausschließlich auf die Aufwertung und Verdichtung bereits genutzter Siedlungsbereiche, die mit den genannten Problemen verbunden sind. Unsere Handelskammer hat daher mit dem Standpunkt Papier „Leben und Wohnen entlang der Bille-Achse“ einen Masterplan für die Entwicklung des Stadtraums zwischen der City und Bergedorf vorgelegt, der das städtische Konzept deutlich erweitert. Wir schlagen darin vor, die Bille-Achse als Standort für Wohnen und Gewerbe weiterzuentwickeln. Perspektivisch könnten hier über 13.000 neue Arbeitsplätze entstehen und 20.000 Hamburgerinnen und Hamburger ihr neues Zuhause finden. Ich freue mich, dass dieser Vorschlag bereits auf fruchtbaren Boden gefallen ist und mit dem Plan für das Baugebiet Oberbillwerder bereits Überlegungen zur Konkretisierung angestellt wurden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich würde mich freuen, wenn Sie Herrn Senator Rabe und seinen Mitstreitern aus Bergedorf bei deren mutigen Vorstoß den Rücken stärken oder sich die Initiative gar selbst zu eigen machen. Ein dritter wachstumsfördernder Faktor, den die Politik direkt beeinflussen kann, ist die konsequente Überprüfung des Steuersystems auf investitionsfeindliche Regelungen. Das gilt ganz besonders im Hinblick auf die Erbschaftsteuer. Hamburg ist bekanntermaßen nicht Hauptstadt von DAX-Unternehmen, wohl aber Sitz vieler und bedeutender Familienunternehmen. Das Ziel der Hamburger Politik sollte es daher sein, im Bund auf eine Regelung hinzuwirken, die sicherstellt, dass in den Familienunternehmen im Erbschaftsfall keine Arbeitsplätze gefährdet werden und die Fortführung der Unternehmen für die Zukunft gesichert bleibt. Über den Bundesrat kann Hamburg hier direkt Einfluss nehmen.

Ein weiterer Ansatzpunkt zur Reduzierung steuerlicher Belastungen ist zum Beispiel die Streichung von Hinzurechnungen von Zinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten bei der Gewerbesteuer. So würde das Eigenkapital vieler Unternehmen geschont, die Liquidität gestärkt und Spielraum für Investitionen geschaffen. Eine Bundesratsinitiative in dieser Angelegenheit wäre dem Image Hamburgs als investitionsfreundlicher Standort sicher zuträglich, Herr Senator Tschentscher. Ihnen gebührt im Übrigen Dank für die Fortschritte bei der Konsolidierung des Landeshaushalts. Doch schwebt über allem das Damokles-Schwert der HSH Nordbank. Ich hoffe sehr, dass die diesbezüglichen Entscheidungen wohlüberlegt waren und die Risiken kontrollierbar bleiben.

Einen Zacken zulegen könnte Hamburg noch bei den Themen „Bürokratieabbau“ und „Deregulierung“. Fast 80 Prozent der Hamburger Unternehmen haben sich bei einer Umfrage zu diesem Thema eine Senkung der Bürokratielasten gewünscht. Vielleicht macht ja die Flüchtlingsproblematik Dinge möglich, für die bislang die politische Kraft fehlte. Der Bund ist übrigens bei diesem Thema mit seiner „One in, one out“-Regelung für neue Bürokratielasten mit gutem Beispiel vorangegangen. Hamburg sollte ein ähnliches Modell auf Landesebene entwickeln.

Wachstum beruht viertens auf dem technischen Fortschritt. Ein technologischer Faktor, der derzeit in fast allen Branchen die Wertschöpfungsprozesse umwälzt, ist die Digitalisierung. Schon heute sehen sich laut einer repräsentativen Umfrage unserer Handelskammer über 90 Prozent aller Hamburger Unternehmen von der zunehmenden Digitalisierung in ihren Geschäfts- und Arbeitsprozessen beeinflusst. Neue Marktteilnehmer nutzen die Chance, Wertschöpfungsketten, die über viele Jahre Bestand hatten, zu durchbrechen. Die revolutionäre Kraft der Digitalisierung endet dabei nicht in der Musikindustrie, der Medienwirtschaft oder im Einzelhandel. Sie erreicht mittlerweile alle Branchen in beeindruckender Geschwindigkeit.

Der Senat hat diese Entwicklung bereits aufgegriffen und die Digitalisierung zu einer seiner drei strategischen Leitlinien der Wirtschaftspolitik gemacht. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Zum Beispiel wurde die E-Government- und IT-Strategie „Digitale Stadt“ des Senats bei einem bundesweiten Wettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Eine digitale Stadt ohne eine leicht zugängliche, öffentliche WLAN-Infrastruktur erscheint inzwischen wie der Hamburger Hafen ohne eine adäquate Fahrwinde. Hier gibt es noch politischen Nachholbedarf. Boris Becker würde sich freuen, wenn er auch in Hamburg künftig nach nur einem Klick rufen könnte: „Ich bin drin“!

Unsere Handelskammer unterstützt die Unternehmen beim Umgang mit den tiefgreifenden Folgen der Digitalisierung. Anfang dieses Jahres haben wir die „Hamburger Dialogplattform Industrie 4.0“ gestartet, mit der wir gemeinsam mit Verbänden und Hochschulen den Prozess der digitalen Transformation im Produzierenden Gewerbe begleiten. Hierzu setzen wir darauf, dass Hamburg im kommenden Jahr eines von zehn nationalen Kompetenzzentren „Industrie 4.0“ werden wird, die vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert werden sollen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir bauen sehr darauf, dass Sie unsere Bewerbung weiter politisch flankieren, um den Industriestandort Hamburg ins digitale Zeitalter zu transformieren. Unter dem Schlagwort „Handelskammer 4.0“ werden wir im kommenden Jahr unser eigenes Dienstleistungsangebot im Kontext der Digitalisierung für unsere Unternehmen erweitern. Gleichzeitig werden wir unsere eigenen Prozesse verstärkt digitalisieren. Erklärtes Ziel ist es, die digitalste Kammer Deutschlands zu werden.

Kommen wir zum letzten Wachstumsfaktor, der unsere von Hafen und Außenwirtschaft geprägte Heimatstadt über Jahrhunderte dominiert hat wie kein zweiter: dem Freihandel. Hamburg ging es in seiner Geschichte immer dann besonders gut, wenn der Freihandelsgedanke gegenüber dem Protektionismus die Oberhand behielt. Entsprechend erscheinen mir die Gegner des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP wie späte Anhänger der Kontinental Sperre Napoleons, die Hamburg an den Rand der Existenz brachte. Ich betone, dass es beim Abbau von Handelshemmnissen ausdrücklich nicht um die Absenkung des hohen europäischen Niveaus bei Verbraucherschutz, Umwelt- und Sozialstandards geht.

Wer sich Sorgen um die Beeinträchtigung der kulturellen Vielfalt in der EU macht, dem sei gesagt, dass die EU-Kommission explizit kein Mandat hat, diesen Bereich zu verhandeln. Unsere Handelskammer unterstützt die Verhandlungen zu einem umfassenden Abkommen mit Nachdruck. Norddeutschland und Hamburg als Drehscheibe des deutschen Außenhandels und als starker Industriestandort könnten erheblich von vertieften Handelsbeziehungen profitieren. Für die Exportnation Deutschland ist das selbstredend.

Umso unverständlicher erscheint mir deshalb der Widerstand gerade aus unserem Land. Ich begrüße daher, dass sich die Wirtschaftsminister und -senatoren aller 16 deutschen Bundesländer jüngst in einer gemeinsamen Erklärung für das TTIP-Abkommen stark gemacht haben. Dafür danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Horch, sehr. Ich möchte Sie zugleich darin bestärken, sich auch in Zukunft gemeinsam mit dem Bürgermeister und Ihren Senatskollegen für TTIP ins Zeug zu legen. Hamburg wäre mit Sicherheit auch ein guter Standort für den von Minister Gabriel ins Gespräch gebrachten staatlichen Gerichtshof zur Klärung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Investoren.

Als Handelsmetropole und als Sitz des Internationalen Seegerichtshofs bringen wir beste Voraussetzungen mit. Herr Bürgermeister: Fassen Sie eine Bewerbung ins Auge, wir unterstützen Sie!

Und damit verlasse ich das Thema „Innovation und Wachstum“ und komme zum vierten großen Punkt meiner heutigen Rede, dem Thema „Mobilität“. Die IHK Nord hat in diesem Jahr eine umfassende Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der norddeutschen Seehäfen vorgelegt. Sie kam zu folgenden zentralen Ergebnissen:

1. Die deutschen Ausfuhren, die über die Seehäfen verladen werden, nehmen bis 2030 wertmäßig um 140 Prozent zu.
2. Fast 70 Prozent des gesamten wertmäßigen deutschen Außenhandels werden 2030 über die norddeutschen Seehäfen abgewickelt.
3. Alle Bundesländer profitieren von diesem Wachstum. Die Süddeutschen fast ebenso stark wie die Norddeutschen.

Diese drei Aussagen machen deutlich, dass die verkehrliche Erreichbarkeit der Seehäfen von fundamentaler Bedeutung für den Außenwirtschaftsstandort Deutschland ist. Diese Erreichbarkeit sicherzustellen, ist daher eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Ich hoffe, dass sich dies im neuen Bundesverkehrswegeplan widerspiegelt. Insbesondere auf der Nord-Südachse ist der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erforderlich. Nach zehn Jahren Planung und einigen Jahren Anhängigkeit bei Gericht würde ich gerne berichten: Die Fahrinnenanpassung ist abgeschlossen! Dem ist leider nicht so.

Blickt man auf die Schiffsgrößen- und Umschlagsentwicklung im Hamburger Hafen, dann ist es jetzt fünf nach zwölf. Das neue Jahr muss die Entscheidung bringen, sonst droht großer Schaden. Jetzt liest man, dass in der Medemrinne auch der Stint lebt. Dieser wiederum wird bevorzugt von einigen seltenen Vögeln in der Elbmündung gefressen. Die Lebensgrundlage des Stint sei nun gefährdet und damit die Existenzgrundlage der Vögel, und dieser Umstand sei im aktualisierten Planverfahren nicht berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, offenbar sind die Umweltverbände bereit, zum Wohle der Vögel den Tod des Stint in Kauf zu nehmen. Aber auch Arbeitsplätze werden bereitwillig von ihnen zur Disposition gestellt. Immer, wenn die ergänzten Planungsunterlagen abgegeben worden sind, wird ein neues Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Damit muss nun endlich Schluss sein! Es gibt in Deutschland kein Verkehrsprojekt, das eingehender untersucht und geplant

worden ist. Die Hamburger Wirtschaft hat viel Geduld aufgebracht. Ich meine: Jetzt muss entschieden werden!

Für die Erreichbarkeit unseres Hafens über die Schiene hat es im Oktober ein Zwischenergebnis gegeben: Die Y-Trasse ist Geschichte, es lebe die Alpha-Variante! Das „Dialogforum Schiene Nord“ hat sich im Sinne der Konfliktminimierung für den Bestandsausbau und nicht für einen Neubau in Form des „Y“ im Dreieck Hamburg, Hannover und Bremen entschieden. Jede Form der Kapazitätserweiterung für den Bahnverkehr ist nach zweieinhalb Jahrzehnten des Stillstands zu begrüßen. Wichtig ist aber auch, dass die Option einer Nord-Süd-Neubaustrecke für den Zeitraum nach 2030 – entsprechendes Wachstum vorausgesetzt – möglich bleibt.

Erfreuliches gibt es vom A7-Ausbau zu berichten: Obwohl wir bei einer der meistbefahrenen Autobahnen Europas massive Ausbaumaßnahmen über insgesamt zehn Jahre vor uns haben, ist es bislang gelungen, diese relativ konfliktfrei umzusetzen. Der Senat hat erstmals einen Koordinator für dieses Großprojekt eingesetzt, der mit Firmen und Anwohnern spricht, die Maßnahmen möglichst verträglich koordiniert und vor allem viel und frühzeitig kommuniziert. Das ist gut so. Noch besser wäre es, wenn solche Koordinatoren auch für die vielen anderen, kleineren Baustellen eingesetzt würden, die unsere Stadt prägen und in Summe zu manchem Ärgernis führen. Ich schicke vorweg, dass es die Wirtschaft mehrheitlich sehr begrüßt, dass die beiden Koalitionspartner den Themen „City Maut“ und „Umweltzone“ eine klare Absage erteilt haben.

Deutlich mehr Fragen als Antworten allerdings gibt es für mich bei der Radverkehrspolitik. Auch unsere Handelskammer erkennt das Bedürfnis nach einem Ausbau der Radwege und auch das wirtschaftliche Potenzial, das davon ausgehen kann. Die Frage ist demnach nicht, ob wir mehr Radverkehr haben wollen, sondern wie wir das Ziel erreichen. Der Bau von Velorouten direkt auf den Fahrbahnen der Hauptverkehrsstraßen wie zum Beispiel am Ring 3, der Bebelallee oder der Luruper Chaussee ist lebensgefährlich für die Radfahrer und ein Hindernis für den Wirtschaftsverkehr. Das nützt niemandem! Wie gefährlich die derzeit betriebene Radverkehrspolitik ist, zeigt die stark steigende Zahl der Fahrradunfälle in Hamburg. Im Jahr 2014 kamen elf Radfahrer in Hamburg ums Leben, während der langjährige Durchschnitt bei 4,6 lag. Der Schwerpunkt der Unfälle lag an den Hauptverkehrsstraßen. Dabei wäre es gar nicht notwendig, immer mehr Radverkehr auf die Hauptverkehrsstraßen zu legen. Mehr als 50 Prozent aller Hamburger Straßen sind Tempo-30-Zonen. Bereits heute ist es möglich, nahezu jeden Punkt in Hamburg mit dem Fahrrad zu erreichen, ohne eine Hauptverkehrsstraße zu benutzen.

Deshalb sage ich klar: Fahrräder gehören nicht auf die Hauptverkehrsstraßen, sondern auf Nebenstraßen! Sehr geehrter Herr Senator Horch, warum können wir nicht den Fahrradverkehr dort stärken, wo es attraktiv ist, mit dem Rad zu fahren und so zugleich dafür sorgen, dass der Wirtschaftsverkehr fließen kann?

Herr Horch, ich bitte Sie und ihre grünen Senatskollegen: Betreiben Sie Radverkehrspolitik mit Augenmaß!

Meine Damen und Herren, was müssen die Gründungsväter unserer Handelskammer denken, wenn sie von ihrer Wolke auf diese Stadt und das eine oder andere Thema schauen? Diese Frage habe ich mir angesichts unseres diesjährigen 350. Jubiläums oft gestellt. Hierzu muss man sich vor Augen führen, dass unsere Handelskammer sage und schreibe neun Staatsformen, sieben Kriege und zehn Währungen überdauert hat. Dies war natürlich nur möglich, weil sie sich selbst immer wieder erneuert und die Anstrengung unternommen hat, die jeweils besten Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen der Zeit zu geben.

Den heutigen Auftrag hat Bundespräsident Joachim Gauck am 19. Januar von dieser Stelle wie folgt formuliert: „Die Kammern werden gebraucht als politische Interessenvertretung der heimischen Wirtschaft, als Motoren von Standortpolitik, als Berater und Unterstützer von Existenzgründern und nicht zuletzt sind sie eine wichtige Säule unseres beruflichen Bildungswesens“. Diesem Auftrag entspricht unser neuer Markenkern, an dem wir uns seit diesem Jahr ausrichten:

- Unternehmen beraten
- Interessen bündeln
- Menschen bilden

Dieser neue Markenkern war nicht zuletzt das Ergebnis des Projektes „Agenda HK350plus“, dessen Quintessenz sich in drei Worten zusammenfassen lässt: „Ran ans Mitglied!“ Entsprechend haben wir auch die Aufbauorganisation unserer Handelskammer neu aufgestellt. Die Kammer gliedert sich nun in drei Ressorts, nämlich Beraten, Bündeln und Bilden, wie es dem Markenkern entspricht. Dass wir mit dieser Philosophie den Nagel auf den Kopf getroffen haben, das hat der erstmals durchgeführte „Tag der offenen Tür“ im Juni diesen Jahres eindrucksvoll gezeigt. 6.000 Mitbürger besuchten diesen „Tag der offenen Tür“ und machten sich schlau über die Arbeit dieses Hauses.

Auch für 2016 haben wir umfangreiche Neuerungen geplant. Zunächst werden wir im Frühjahr mit einer gänzlich neuen Internetseite aufwarten. Und zu unserem Magazin, der „hamburger wirtschaft“, welches hauptsächlich die im Handelsregister eingetragenen Unternehmen erreicht, gesellt sich ein neues Zeitungsformat für kleine Unternehmen unter dem Titel „Handelskammer plus“. Mit einem umfangreichen Firmenbesuchsprogramm und Veranstaltungen in den Quartieren werden wir noch stärker als in der Vergangenheit auf unsere Mitglieder zugehen. Ich ermutige und ermuntere Sie alle: Nutzen Sie Ihre Handelskammer und unterstützen Sie Ihre Handelskammer auch in Zukunft!

Den Unternehmen, die sich in unserer Handelskammer engagieren, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken! Aktuell sind es 800 Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Führungskräfte der Hamburger Wirtschaft, die in unseren Gremien der wirtschaftlichen Selbstverwaltung ehrenamtlich aktiv sind. Es sind die Wirtschaftsjunoren und die Ehemaligen Junoren, die mit Engagement für den Standort und ihren Netzwerken die Arbeit der Kammer befruchten. Es sind 4.000 Prüferinnen und Prüfer, welche die Praxisnähe und Bedarfsorientierung in der dualen Berufsausbildung sicherstellen und es sind die über 5.600 Ausbildungsbetriebe, in denen die Fachkräfte der Zukunft ausgebildet werden.

Ihnen allen gilt mein ganz besonderer Dank!

Im Rückblick auf das Jahr 2015 danke ich dem Senat und dem Bürgermeister, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, der Bürgerschaft und der Bezirksparlamente, den Behörden des Bundes und der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Organen der Justiz für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit. Ich schließe in diesen Dank die Kirchen, das Konsularische Corps, die Bundeswehr, die Polizei, die Feuerwehr, die Verbände, die Kammern, die Gewerkschaften und die Medien ein. Ich danke all denen, die in guter hamburgischer Tradition mit Stiftungen, Spenden, Initiativen und Tatkraft unser Gemeinwesen gefördert und auch geholfen haben, soziale Nöte zu lindern. Ich danke der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg für ihren Einsatz zu Gunsten ethischer Grundsätze in der Wirtschaft.

In seiner Rede zum 350. Jubiläum unserer Handelskammer am 19. Januar dieses Jahres sagte Bundespräsident Gauck: „Wenn die Welt zum Dorf schrumpft, dann wird uns der Ferne zum Nächsten.“

Hamburg ist seit jeher eine Stadt, deren Einwohner sich der Welt in besonderem Maße zugewandt fühlten. In diesem Jahr ist es uns besonders deutlich geworden, wie schnell Veränderungen in einem scheinbar entlegenen Teil der Welt unmittelbaren Einfluss auf unsere

ganz persönlichen Lebensumstände bekommen können. Damit sind Risiken und Herausforderungen verbunden, aber auch Verantwortung und Chancen. Hamburg hat es in der Vergangenheit verstanden, überwiegend die Chancen zu nutzen und sich so zu der Stadt zu entwickeln, die wir alle lieben und schätzen. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft unsere Chancen erkennen und sie nutzen werden.

Antoine de Saint-Exupery hat gesagt: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“. In diesem Sinne freue ich mich, wenn wir auch im kommenden Jahr gemeinsam daran arbeiten, unsere Zukunft möglich zu machen.

Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches und gesundes Jahr 2016.

**Es gilt das gesprochene Wort.**